

Kinder/Jugend/Missbrauch/Wien/Österreich

Experten fordern gesetzliche Verankerung von Kinderschutzkonzepten

Utl.: Organisationen sollen dadurch zu sichereren Orten für Kinder und Jugendliche werden - Neue Online-Plattform bietet Informationen und weist Unternehmen mit vorhandenen Konzepten aus =

Wien (APA) - Organisationen, die mit Kindern und Jugendlichen arbeiten, sind in Österreich gesetzlich nicht explizit dazu verpflichtet, ein Kinderschutzkonzept zu haben. Ein derartiges Konzept könne jedoch maßgeblich dazu beitragen, dass sich Minderjährige in einer Organisation wohlfühlen, betonten Experten bei einem Online-Pressesgespräch am Freitag. Sie fordern ein bundesweites Gesetz zur Etablierung von Kinderschutzkonzepten und eine zentrale Ansprechstelle für Kinderschutz.

"Ein Kinderschutzkonzept ist das zentrale Qualitätsmerkmal einer Organisation, die professionell mit Kindern arbeitet", erklärte Astrid Winkler, Geschäftsführerin der Arbeitsgemeinschaft zum Schutz der Kinder vor sexueller Ausbeutung (ECPAT). Manche Organisationen in Österreich agieren bereits auf Basis freiwillig erarbeiteter Kinderschutzrichtlinien, um etwa das Risiko von Gewalterfahrungen für Minderjährige zu minimieren oder im Falle von Gewalt strukturiert dagegen vorgehen zu können. Flächendeckend sind sie jedoch nicht vorhanden. "Ein derartiges Konzept ist keine hundertprozentige Sicherheit, aber es reduziert Risiken", meinte Winkler. Es fungiere als Signal, dass eine Organisation offen mit dieser Problematik umgehen würde. Auch würden Mitarbeiter bei einem vorhandenen Konzept mehr Handlungssicherheit erhalten.

Eine bundesweit einheitliche Regelung für Kinderschutzstandards wäre laut Wolfgang Mazal, Leiter des Österreichischen Instituts für Familienforschung, juristisch möglich: "Es ist davon auszugehen, dass sich bereits im Gesetz zahlreiche Bestimmungen finden, die Ansätze für klar vertretbare Argumentationen bieten, nach denen die Betreiber von Einrichtungen bereits im geltenden Recht verpflichtet sind oder verpflichtet werden können, Kinderschutzrichtlinien zu etablieren und weiterzuentwickeln." Ableitbar wäre das unter anderem aus der Sorgfaltspflicht ordentlicher Unternehmer.

Wolle man die Verpflichtung effektiver gestalten, so sollten die bestehenden Bestimmungen ausgebaut und Verpflichtungen explizit normiert werden, meinte Mazal. Besonders effektiv wäre es laut dem Institutsleiter beim Förderungsrecht des Bundes anzusetzen. So könnten Kinderschutzkonzepte oder deren Weiterentwicklung in Vertragsbeziehungen zwischen Förderungsgeber und Betreiber aufgenommen werden. Jedenfalls verlange dieses Vorhaben nach einer konzertierten Reaktion mehrerer Ministerien. "Das ist ein mühsamer Weg, aber es geht um den Schutz von Kindern", gab Mazal zu Bedenken.

"Ein Großteil der betroffenen Organisationen wäre bereit, ein Kinderschutzkonzept umzusetzen. Wir wissen auch, dass sich etwa im kirchlichen Bereich in den letzten Jahren viel getan hat. Oft scheitert es jedoch daran, das Konzept auf einzelne praktische Situationen herunterzubrechen", sagte Winkler. Es mangle häufig an Ressourcen. Eine Anschubfinanzierung – etwa in einen Förderrahmen integriert – könnte Abhilfe verschaffen, so die ECPAT-Geschäftsführerin.

Eine neue Online-Plattform bietet Informationen zu Kinderschutzkonzepten sowie Hilfestellungen zu deren Etablierung und Weiterentwicklung. "Auf der Website [www.kinderschutzkonzepte.at](http://www.kinderschutzkonzepte.at) möchten wir auch jene Organisationen bündeln, die bereits Konzepte haben oder auf dem Weg dorthin sind", erklärte Martina Wolf, Geschäftsführerin des Bundesverbands Österreichischer Kinderschutzzentren. So solle eine Auflistung auf der Website ähnlich wie das Spendengütesiegel zu einem Qualitätsmerkmal werden und Positivbeispiele vor den Vorhang holen.

Um die Forderungen nach einem bundesweiten Gesetz sowie einer zentralen Ansprechstelle für Kinderschutz voranzutreiben, wurde von den Projektpartnern des von der EU geförderten Projekts "Safe Places" eine Allianz für Kinderschutz ins Leben gerufen. Ein erstes Treffen mit Organisationen, die im Kinderschutz tätig sind, fand bereits statt. Auch Familien- und Jugendministerin Christine Aschbacher (ÖVP) war zugegen. Es gebe großes Interesse und einen "positiven Blick" auf das Anliegen der Allianz, jedoch noch keine klare Zustimmung, sagte Wolf.

(S E R V I C E – Infos zur Etablierung und Weiterentwicklung von Kinderschutzkonzepten unter [www.kinderschutzkonzepte.at](http://www.kinderschutzkonzepte.at))

(Schluss) fwi/gl